

Nr. 21/350

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Nationale Ziele mit dem Energy Port realisieren: Vorrang für den Ausbau von Hafeninfrastruktur für die Energiewende schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 7. Februar 2024
(Drucksache [21/275](#))
2. Planung für den EnergyPort endlich mit der notwendigen Priorität vorantreiben – Fischereihafen in Bremerhaven zum Zentrum der Energiewende machen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. August 2024
(Drucksache [21/715](#))
3. Cyberkriminalität und Wirtschaftsspionage: Wie reagiert der Senat Bovenschulte auf die anhaltende Bedrohungslage im Land Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. September 2024
(Drucksache [21/735](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 12. November 2024
(Drucksache [21/852](#))
4. Klimaschutz, Partizipation und gute Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen im Land Bremen durch das sechste Hochschulreformgesetz?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Oktober 2024
(Drucksache [21/785](#))

Nr. 21/351

Vorschlag der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration zur Wahl einer Leitung für die Landesantidiskriminierungsstelle

Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 30. September 2024
(Drucksache [21/773](#))

Der Bericht wurde von der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration zurückgezogen.

Nr. 21/352

Änderung der Geschäftsordnung – Straffung der Abarbeitung der Tagesordnungen der Plenarsitzungen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 23. Oktober 2024
(Drucksache [21/810](#))

Die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 29. Juni 2023, die zuletzt durch Beschluss vom 13. Dezember 2023 geändert wurde, wird wie folgt geändert:

1. § 21 wird wie folgt gefasst:
„§ 21 Behandlung von Vorlagen

(1) Vorlagen, die keinen Gesetzentwurf enthalten, sollen grundsätzlich nur einmal in einer Plenarsitzung des Landtags (Plenum) beraten werden. Die Präsidentin oder der Präsident kann Ausnahmen zulassen.

(2) Die Bürgerschaft kann Vorlagen an einen oder mehrere Ausschüsse und eine oder mehrere Deputationen zur weiteren Beratung und Berichterstattung überweisen. Mit Einverständnis der Antragstellerinnen und Antragsteller kann die Bürgerschaft Vorlagen, die keinen Gesetzentwurf enthalten, zur abschließenden Behandlung in öffentlicher Sitzung an einen oder mehrere Ausschüsse und eine oder mehrere Deputationen überweisen.

(3) Der Antrag auf Überweisung kann bis zum Schluss der Beratung gestellt werden. Erfolgt eine Überweisung an mehrere Ausschüsse oder Deputationen, bestimmt die Bürgerschaft das federführende Gremium, das den Bericht erstattet oder in dem die abschließende Behandlung erfolgt.“

(4) Der Bürgerschaft ist zu den zur abschließenden Beratung überwiesenen Vorlagen mindestens vierteljährlich eine Übersicht über den Beratungsverlauf und die Abstimmungsergebnisse in den Ausschüssen und Deputationen vorzulegen.“

2. § 22 wird wie folgt gefasst:

„§ 22 Sammelübersicht der Vorlagen ohne Aussprache

Die Bürgerschaft leitet den Fraktionen, Gruppen und Einzelabgeordneten eine Sammelübersicht derjenigen Vorlagen zu, die nach interfraktioneller Abstimmung ohne vorherige Debatte behandelt werden sollen. Die Fraktionen, Gruppen und Einzelabgeordneten teilen der Bürgerschaft spätestens Dienstag der Sitzungswoche 9 Uhr mit, wie sie zur vorgeschlagenen Behandlung der einzelnen Vorlagen abstimmen wollen oder ob sie der Aufnahme von Vorlagen in die Sammelübersicht widersprechen. Die Vorlagen werden ohne Aussprache in der Sammelübersicht gemeinsam zur Abstimmung gebracht. Für eine Zustimmung zur Sammelübersicht bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Bürgerschaft. Die Abstimmung erfolgt zu Beginn der Sitzung.“

3. § 54 wird § 55.

4. § 55 wird § 54.

5. In § 73 Absatz 1 Satz 6 werden die Wörter „und die stellvertretenden Mitglieder“ gestrichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 21/353

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP:

„Bremer Unternehmen schlagen Alarm: Steigende Standortnachteile und politische Risiken – Wie reagiert der Senat?“;

2. auf Antrag des Abgeordneten Frank Imhoff und Fraktion der CDU:

„Besetzung der Landesantidiskriminierungsstelle auch im zweiten Anlauf gescheitert – Bremen braucht keine zusätzliche Beratungsstelle“;

3. auf Antrag der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland:

„Misslungenes Personalmanagement: Wen lässt die Bildungsbehörde zukünftig auf unsere KITA-Kinder los?“;

4. auf Antrag des Abgeordneten Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:

„Neuwahlen im Bund und die Folgen für Bremen und Bremerhaven – unser Land braucht staatspolitische Verantwortung“

Nr. 21/354

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Landesantidiskriminierungsstelle

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 12. November 2024
(Drucksache [21/847](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 21/355

Pensionslasten des Landes Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland
vom 24. September 2024
(Drucksache [21/764](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 5. November 2024

(Drucksache [21/834](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/356

Teilhabe sichern, Beteiligung fördern: Bremen braucht eine zeitgemäße Jugendbeteiligung im Stadtteil und eine übergreifende Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 23. August 2024
(Drucksache [21/720](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 10. September 2024
(Drucksache [21/744](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Kinder- und Jugendbeteiligung im Stadtteil mittels digitaler Beteiligungsformate zu stärken und eine übergreifende Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie für das Land Bremen zu erstellen.

Hierfür soll der Senat zum einen

1. in den Stadtteilen Blumenthal, Walle und Huchting ein Modellprojekt zur breiten Beteiligung von Jugendlichen an der Weiterentwicklung von jugendbezogener Infrastruktur mittels des digitalen Lernmanagementsystems itslearning mit jeweils folgenden Elementen durchführen:
 - a. eine Umfrage über die Bekanntheit und Nutzung der jugendbezogenen Infrastruktur im Stadtteil sowie über Wünsche an die Stadtteilgestaltung und Jugendarbeit;
 - b. eine Abstimmung über ein Projekt zur Verbesserung der jugendbezogenen Infrastruktur im Stadtteil. Hierfür soll ein angemessenes Projektbudget bereitgestellt sowie vorab konkrete und zeitnah realisierbare Auswahlmöglichkeiten gemeinsam mit dem Jugendforum Blumenthal beziehungsweise dem Jugendbeirat Huchting beziehungsweise dem Beirat (und gegebenenfalls Jugendforum) Walle erarbeitet werden;
 - c. einen Bericht über die Durchführung des Modellprojekts vorzulegen sowie die Vorstellung der Ergebnisse im Beirat und anschließend im Jugendhilfeausschuss;
 - d. eine zeitnahe Umsetzung des von den Jugendlichen favorisierten Projekts;

2. auf Grundlage der Erfahrungen aus den Modellprojekten die Jugendbeteiligung auf Stadtteilebene über die neuen digitalen Beteiligungsmöglichkeiten mit itslearning stadtweit strukturell stärken insbesondere mit Blick auf:
 - a. die Bedarfsermittlung und Planung der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit wie es auch der Jugendbericht 2022 empfiehlt und
 - b. stadtplanerische Prozesse, insbesondere, wenn sie Aufenthaltsorte von Jugendlichen und Sport- und Bewegungsflächen umfassen und dabei zu beachten, dass
 - c. digitale Beteiligungsmöglichkeiten bereits bestehender Beteiligungsformate nicht ersetzen, sondern im Idealfall ergänzen,
 - d. der Gegenstand des Beteiligungsverfahrens inhaltlich und sprachlich jugendgerecht und niedrigschwellig aufbereitet wird und
 - e. die zuständigen fachpolitischen Gremien mit den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren befasst werden;
3. prüfen, wie auch die Beteiligung von Kindern an kinderrelevanten Themen auf Stadtteilebene über itslearning altersangemessen gestärkt werden kann;
4. mit dem Magistrat Bremerhaven zu beraten, wie in einem ähnlichen Prozess ebenfalls Modellprojekte mit dem Ziel, digitale Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Bremerhaven auszubauen, durchgeführt werden können.

Hierfür soll der Senat zum anderen

5. die Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie in einem ersten Schritt in einer Entwurfsfassung erarbeiten. Sie soll
 - a. aus einer Analyse der bestehenden Beteiligungsformate im Land Bremen unter Einbeziehung der Beiratsebene und einer Evaluierung dieser auf die Faktoren Wirkmächtigkeit und Reichweite bestehen,
 - b. eine Bestandsaufnahme der Ressortzuständigkeiten und eine Bewertung hinsichtlich der Praktikabilität vornehmen, um unter dem Vorzeichen von Bürokratieabbau Mitbestimmungsprozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen,
 - c. Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen auflisten, um alle Akteur:innen für Beteiligungsformate zu qualifizieren und

- d. in einer Übersicht die Zuständigkeiten, Strukturen und Angebote mit geeigneten (Öffentlichkeits-)Maßnahmen transparent machen;
6. in einem zweiten Schritt diese Entwurfsfassung
 - a. Fachakteur:innen der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen des Landesjugendhilfeausschusses und
 - b. Kindern und Jugendlichen im Rahmen des zukünftigen Demokratietags an Schulen im Land Bremen in jeweils angemessener Form vorstellen und mit ihnen beraten sowie anschließend unter Berücksichtigung des jeweiligen Feedbacks weiterentwickeln;
 7. den staatlichen Deputationen für Soziales, Jugend und Integration sowie für Kinder und Bildung als auch dem Landesjugendhilfeausschuss drei Monate nach Beschlussfassung einen ersten Zwischenbericht vorlegen, der Aussagen darüber trifft, wer den Erstellungsprozess der Jugendbeteiligungsstrategie koordiniert und nach welchem Zeitplan die einzelnen Zwischenetappen bis zur Verabschiedung der geforderten Beteiligungsstrategie erreicht werden sollen;
 8. der Bürgerschaft (Landtag) die Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie innerhalb eines Jahres nach Beschlussfassung vorlegen.

Nr. 21/357

Wahlvorschlag der FDP-Fraktion für den Schriftführer im Vorstand

Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. Oktober 2024
(Drucksache [21/814](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt zum Schriftführer den Abgeordneten Dr. Marcel **Schröder** (FDP).

Nr. 21/358

Wirtschaftsplan des Sonstigen Sondervermögens der Freien Hansestadt Bremen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft – Verfassungsrechtliches Gutachten zum Einsatz eines Treuhänders

Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 2024
(Drucksache [21/806](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 21/359

**Wirtschaftsplan des Sonstigen Sondervermögens der Freien
Hansestadt Bremen zur Bewältigung der klimaneutralen
Transformation der Wirtschaft**

Mitteilung des Senats
vom 17. September 2024
(Drucksache [21/755](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Wirtschaftsplan für das Sonstige Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft für das Jahr 2024 zu, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Nr. 21/360

**Wirtschaftsplan des Sonstigen Sondervermögens der Freien
Hansestadt Bremen zur Bewältigung der klimaneutralen
Transformation der Wirtschaft**

Bericht und Antrag des Ausschusses für das Sonstige Sondervermögen zur
Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft
vom 12. November 2024
(Drucksache [21/849](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für das Sonstige Sondervermögen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft Kenntnis.

Nr. 21/361

**Wir bitten zu Tisch! – Weniger Isolation durch mehr Angebote für
ältere Menschen**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. März 2024
(Drucksache [21/327](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/362

Stärkung der dualen Ausbildung Teil 1: Zustand und Entwicklung der Berufsschulen/beruflichen Bildungszentren in der Stadt Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 7. März 2024

(Drucksache [21/319](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 23. April 2024

(Drucksache [21/411](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/363

Künstliche Intelligenz an den Wissenschaftsstandorten Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 13. März 2024

(Drucksache [21/334](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2024

(Drucksache [21/441](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/364

Sammelübersicht der Vorlagen ohne Aussprache vom 14. November 2024

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Sammelübersicht wie folgt zu:

1. KiQuTG-Vertragsverlängerung
Mitteilung des Senats vom 10. September 2024
(Drucksache [21/745](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

2. Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung
Mitteilung des Senats vom 24. September 2024
(Drucksache [21/765](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

3. Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 Stabilitätsratsgesetz - Stabilitätsbericht 2024 - Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 2024 (Drucksache [21/781](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

4. Mehr Schutz vor Gewalt – Frauenhäuser stärken!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Oktober 2024
(Drucksache [21/789](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

5. Petitionsbericht Nr. 13
Bericht und Antrag des staatlichen Petitionsausschusses
vom 29. Oktober 2024
(Drucksache [21/824](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

6. Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 des Sonstigen Sondervermögens der Freien Hansestadt Bremen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft
Mitteilung des Senats vom 5. November 2024
(Drucksache [21/833](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Wirtschaftsplan zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für das sonstige Sondervermögen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft (federführend), den Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen und den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

7. Gesetz zur Änderung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 5. November 2024
(Drucksache [21/832](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
8. 24. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau
Mitteilung des Senats vom 24. Juli 2024
(Drucksache [21/672](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht zur Kenntnis.
9. Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum 24.
Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit 2022/2023
Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau vom 7. November 2024
(Drucksache [21/840](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht zur Kenntnis.
10. Hürden für eine Teilnahme an der berufsbezogenen Deutschsprachförderung abbauen – Nachhaltige Teilhabe am Arbeitsmarkt fördern
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 7. November 2024
(Drucksache [21/842](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a. möglichst gemeinsam mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative einzubringen, die darauf abzielt, dass allgemeine Berufssprachkurse auch in Teilzeit, in den späteren Abendstunden, an Wochenenden, zu weiteren Randzeiten und in Einzelfällen auf Wunsch der Lernenden online sowie mit einer parallelen Kinderbetreuung angeboten werden, um allen Menschen, auch Beschäftigten im Schichtdienst und mit Familienpflichten, eine Kursteilnahme zu ermöglichen; hierzu ist prioritär eine insgesamt auskömmliche Finanzierung im Bundeshaushalt erforderlich;

- b. sich ebenfalls auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass alle Berufssprachkurse, insbesondere auch Job-Berufssprachkurse, mit einem Zertifikat abgeschlossen werden können und die erworbenen Kompetenzen durch Anschlussangebote weiter vertieft werden können;
- c. eine Bedarfsanalyse für allgemeine Berufssprachkurse in den Bremer und Bremerhavener Stadtteilen durchzuführen, um darauf aufbauend gemeinsam mit den Kursträger:innen ein möglichst wohnortnahes Kursangebot planen und anbieten zu können;
- d. sich dafür einzusetzen, dass für Berufssprachkurse dezentral Räume ohne langfristige Mietverpflichtungen zur Verfügung gestellt werden. Dazu sollen insbesondere auch Gespräche mit Schulen in Bremen und Bremerhaven geführt werden, um zu prüfen, inwieweit Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten als Kursräume für Berufssprachkurse dienen können;
- e. einen Austausch zwischen den Kammern und den Trägern von Job-Berufssprachkursen im Land Bremen anzuregen und zu unterstützen, um Job-Berufssprachkurse und die Möglichkeiten, sie direkt in den Betrieben und Unternehmen anzubieten, bekannter zu machen sowie überbetriebliche Kooperationsmöglichkeiten auszuloten;
- f. mit den Kammern im Land Bremen Gespräche aufzunehmen und sich dafür einzusetzen, dass Betriebe und Unternehmen den Eigenanteil ihrer Beschäftigten für eine Teilnahme an einem Job-Berufssprachkurs finanzieren und Beschäftigte für die Kurszeiten freistellen;
- g. die Teilnahme der Beschäftigten des Land Bremens und seiner Stadtgemeinden an einem Job-Berufssprachkurs; durch eine Kostenübernahme und eine Freistellung zu fördern und darüber hinaus zu prüfen, für welche Berufsgruppen eigene Job-Berufssprachkurse angeboten werden können;
- h. bereits bestehende berufsbezogene Sprachlernangebote für pädagogische und pflegerische sowie Gesundheits-Berufe in Bremen und Bremerhaven dauerhaft im erforderlichen Umfang sicherzustellen und zu finanzieren;
- i. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Mittel im Bereich der Integrationskurse im Bundeshaushalt 2025 nicht gekürzt werden;

- j. der staatlichen Deputation für Arbeit sowie der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen sechs Monate nach Beschlussfassung über den Umsetzungsstand zu berichten und im Anschluss fortlaufend halbjährig über das Angebot und die Teilnehmer:innenzahlen an berufsbezogenen Deutschkursen zu berichten.
11. Zusammenwirken von Beiräten und Stadtbürgerschaft stärken –
Änderung der Geschäftsordnung
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 7. November 2024
(Drucksache [21/844](#))
1. Dem § 90 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 29. Juni 2023, die zuletzt durch Beschluss der Bürgerschaft vom 13. November 2024 geändert worden ist, wird folgender Absatz 3 angefügt:
- „(3) Für Anträge der Beirätekonferenz nach § 24 Absatz 2 Satz 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter gilt Absatz 1 Satz 1 und 2 entsprechend. Absatz 2 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass anstelle des Satzes 2 gilt, dass die Beirätekonferenz hierfür als Vertreterin oder Vertreter auch ein anderes Mitglied der Beirätekonferenz benennen kann. Die Bürgerschaftskanzlei informiert alle Beiräte durch Mitteilung an die Ortsamtsleitungen über die Aufnahme auf die Tagesordnung.“
2. Nummer 1 tritt an dem Tage in Kraft, an dem § 24 Absatz 2 Satz 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter in Kraft tritt.

Nr. 21/365

Fragestunde

1. Gemeinwohlorientiertes Wirtschaften und soziale Innovation: Neue Impulse für das Land Bremen?
- Anfrage der Abgeordneten Dr. Emanuel Herold, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2024

2. Sicherstellung der Sprachförderung und Integration von Nicht-Kita-Kindern im Kitabrückenjahr 2024/2025
Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2024
 3. Auswertung der Nachtests und Vorbereitung der PRIMO-Testung
Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2024
 4. Mieterschutz für Kellerwohnungen bei Starkregen oder Hochwasser
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2024
 5. Wie hält Bremen es mit der Clubkultur?
Anfrage der Abgeordneten Bithja Menzel, Kai Wargalla, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2024
 6. Abschiebungen aus der Haft nach § 456a StPO
Anfrage der Abgeordneten Julia Tiedemann, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 12. September 2024
 7. Betroffenheit junger Menschen von digitaler Gewalt
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Çolak, Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 12. September 2024
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
8. Wissenschaftler:innen vor Anfeindungen schützen
Anfrage der Abgeordneten Janina Strelow, Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 12. September 2024
 9. Ifo Bildungsbarometer – Bremer Schulen erhalten die schlechteste Note!
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 12. September 2024
 10. INSM-Bildungsmonitor 2024 – Bremen mal wieder Schlusslicht!
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 12. September 2024

11. Auswirkungen der Haushaltssperre auf die Handwerks- und Handelskammer, Unternehmen und Handwerksbetriebe?

Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 12. September 2024
12. Wie viele vollziehbar ausreisepflichtige Personen befinden sich aktuell in der JVA Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 17. September 2024
13. Wann schiebt Bremen nach Afghanistan ab?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 17. September 2024
14. Legal Highs in Süßigkeitenautomaten – muss das sein?

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. September 2024
15. Werden die Betreuungsvereine Bremens ausreichend finanziert und im Bestand gesichert??

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 26. September 2024
16. Deutlich weniger geschlossene Spielhallen und Wettbuden: Wendet der Magistrat das verschärfte Landesgesetz in Bremerhaven anders an als der Senat in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 27. September 2024
17. Strafgebühren für verpasste Termine bei Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen?

Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 27. September 2024

18. Wie viele Jugendliche haben sich in den vergangenen zwei Jahren zu Jugendleiter:innen ausbilden lassen?
- Anfrage der Abgeordneten Dariush Hassanpour, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 27. September 2024
19. Steht der Integrierte Gesundheitscampus Bremen vor dem Aus oder konzentriert er sich künftig nur noch auf die Vernetzung von Gesundheitswirtschaft und Wissenschaft?
- Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Simon Zeimke, Susanne Grobien, Theresa Gröninger, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 27. September 2024
20. Melderechtliche Auskünfte im Land Bremen
- Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 30. September 2024
21. Fachkräftemangel in der forensischen Psychiatrie
- Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. September 2024
22. Praxispartner für das Duale Studium gewinnen
- Anfrage der Abgeordneten Janina Strelow, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 2024
23. Abschiebungen in die Türkei
- Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 1. Oktober 2024
24. Änderung des Geschlechtseintrags und des Vornamens nach dem SBGG
- Anfrage des Abgeordneten André Minne, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 7. Oktober 2024
25. Islamistische Gefährder im Land Bremen
- Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 7. Oktober 2024

26. Die Freikarte – Kosten und Nutzung
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 11. Oktober 2024
27. Wölfe und Wolfsrisse im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 11. Oktober 2024
28. Aliasnamen bei Asylbewerbern und unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA)
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 14. Oktober 2024
29. Abschiebung von afghanischen Staatsangehörigen aus Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 14. Oktober 2024
30. Raubstraftat in der Neustadt
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 15. Oktober 2024
31. Beschwerden über Leistungsabrechnungen mit Pflegeeinrichtungen
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 18. Oktober 2024
32. Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 18. Oktober 2024
33. Nach welchen Kriterien kommen Aufenthaltserlaubnisse in Bremen zustande?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 18. Oktober 2024
34. Duldung eines rumänischen Straftäters in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 18. Oktober 2024

35. Wie zuverlässig fährt die Nordwestbahn nach Bremen-Nord?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Oktober 2024
36. Welchen Zugang bekommen geflüchtete Kinder in Erstaufnahme- und Übergangseinrichtungen zur frühkindlichen Bildung?
Anfrage der Abgeordneten Dariush Hassanpour, Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 25. Oktober 2024
37. Examensurkunden für Pflegefachkräfte schneller bereitstellen
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Jörg Zager, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 28. Oktober 2024
38. Kosten für das Deutschlandticket im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Thorsten Raschen, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 29. Oktober 2024
39. Referentenentwurf zum Hochwasserschutzgesetz III
Anfrage der Abgeordneten Muhlis Kocaağa, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 29. Oktober 2024
40. Bekommen die Ordnungsdienste im Land Bremen auch Bodycams?
Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 5. November 2024
41. Was kostet das Klimabauzentrum?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 6. November 2024
42. Wer profitiert von der City-Tax?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 6. November 2024
43. Wann geht die Bezahlkarte für Bremen an den Start?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 6. November 2024

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/366

**Vorschlag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz,
Informationsfreiheit und Digitalisierung zur Wahl eines:einer
Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit**

Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz,
Informationsfreiheit und Digitalisierung

vom 5. November 2024

(Drucksache [21/829](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Dr. Timo **Utermark** zum
Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 21/367

**Bewohner:innen von Pflegeeinrichtungen nachhaltig von wachsenden
Eigenanteilen entlasten**

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. November 2024

(Drucksache [21/831](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat für ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern zur Entlastung von Bewohner:innen von Pflegeeinrichtungen einzusetzen. Auf Bundesebene soll dabei eine Deckelung der Eigenanteile in vollstationären Pflegeeinrichtungen fokussiert werden, im Gegenzug dazu sollen sich die Länder stärker an den betriebsnotwendigen Investitionskosten von vollstationären Pflegeeinrichtungen beteiligen;
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, aufbauend auf der Wohngeldreform im Bund und unter Einbeziehung des Magistrats Bremerhaven
 - a) bei Bezug von SGB-XII-Leistungen in stationären Pflegeeinrichtungen einmalig und fortan bei Antragsstellung regelhaft einen vorrangigen Anspruch auf Wohngeldbezug zu prüfen und diesen gegebenenfalls sicherzustellen;
 - b) zeitnah eine flächendeckende Kampagne zum Wohngeld in stationären Pflegeeinrichtungen durchzuführen, die leicht verständlich Informationen zu den Anspruchsvoraussetzungen und konkrete Ausfüllhilfen für die Beantragung umfasst und insbesondere auch Angehörige adressiert;

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur Umsetzung von Beschlusspunkt 1 nach Einigung von Bund und Ländern im Land Bremen eine Investitionskostenförderung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen bis zur Höhe der Einsparungen einzuführen, die bei den Trägern der Sozialhilfe durch die Deckelung der Eigenanteile entstehen. Dabei soll eine Förderung fokussiert werden, welche sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bewohner:innen von Pflegeeinrichtungen richtet (subjektbezogene Investitionskostenförderung);
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz binnen eines Jahres nach Beschlussfassung über die Umsetzung zu berichten.

Nr. 21/368

Nur Ja heißt ja!

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2024

(Neufassung der Drucksache [21/841](#) vom 7. November 2024)

(Drucksache [21/854](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Rechtsausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Straftatbestände der Vergewaltigung und des sexuellen Übergriffs dahingehend geändert werden, dass jede sexuelle Handlung ohne den erkennbar geäußerten positiven Willen einer Person zu dieser Handlung unter Strafe fällt;
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Deutschland seine Blockadehaltung in Bezug auf eine Anpassung der Straftatbestände der Vergewaltigung und des sexuellen Übergriffs aufgibt und sich im Rahmen zukünftiger europäischer Harmonisierungsprozesse für eine Angleichung des Vergewaltigungstatbestandes im Sinne des Beschlusspunktes 1. einsetzt;
3. dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau und dem Rechtsausschuss zwölf Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 21/369

2. Entwurf eines Bremischen Gesetzes über die Weiterbildung in den Gesundheitsfachberufen (BremGfWBWG)

Mitteilung des Senats vom 12. November 2024

(Drucksache [21/851](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 21/370

Bezahlkarte unverzüglich im Land Bremen einführen – Senat Bovenschulte muss seine Versprechen aus der Ministerpräsidentenkonferenz einhalten!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 9. April 2024

(Drucksache [21/372](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/371

„LLM Roland“ – ein Large Language Model für eine „KI-Offensive“ in der bremischen Verwaltung implementieren

Antrag der Fraktion der CDU

vom 9. April 2024

(Drucksache [21/369](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/372

Wie sieht die Carbon Management Strategie des Landes Bremen aus?

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 3. April 2024

(Drucksache [21/359](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2024

(Drucksache [21/444](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/373

Nachhaltige Schiffsrecycling-Strategie für Bremen – Wirtschaftliche Potenziale nutzen, Umweltstandards sichern!

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 5. April 2024

(Drucksache [21/364](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2024

(Drucksache [21/443](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/374

Nachteile im Mutterschutz für selbstständige Unternehmerinnen, Handwerkerinnen und Gründerinnen abbauen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 29. Oktober 2024

(Neufassung der Drucksache [21/368](#) vom 9. April 2024)

(Drucksache [21/820](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen.

Nr. 21/375

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zeitenwende auch im Land Bremen wagen, die Zivilklausel im bremischen Hochschulrecht jetzt abschaffen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 9. April 2024

(Drucksache [21/370](#))

2. Onlinewache ausbauen – für mehr Erreichbarkeit, Effizienz und Sicherheit

Antrag der Fraktion der FDP

vom 11. April 2024

(Drucksache [21/390](#))

3. Klimaschutzstrategie 2038 der Freien Hansestadt Bremen:
Jahresbericht 2023 – Umsetzungstand Aktionsplans Klimaschutz und
Aktualisierung des Landesprogramms Klimaschutz
Mitteilung des Senats vom 23. April 2024
(Drucksache [21/409](#))
4. Kein Raum für Antisemitismus an Hochschulen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. April 2024
(Drucksache [21/418](#))
5. Vorhandenen Rechtsrahmen nutzen: Arbeitsgelegenheiten und
Integrationskurse gemäß § 5 und § 5b AsylbLG in Bremen effektiv
einsetzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Mai 2024
(Drucksache [21/433](#))
6. Antisemitismus in Klassenzimmern und auf Schulhöfen verhindern!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. Mai 2024
(Drucksache [21/566](#))
7. Weiblich – krank – unsichtbar? Frauengesundheit im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Mai 2024
(Drucksache [21/570](#))
8. Landesgesundheitsbericht weiterentwickeln: Geschlechtersensible
Medizin und gleichberechtigte Gesundheitsversorgung stärker in den
Fokus nehmen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. August 2024
(Drucksache [21/729](#))
9. Wahl eines Schriftführers für den Vorstand
10. Der Bremer Konsens zur Schulentwicklung 2018-2028: Sachstand,
Ergebnisse und Zukunftsaussichten
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Mai 2024
(Drucksache [21/436](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 6. August 2024
(Drucksache [21/690](#))

11. Unterrichtsausfall – Regel statt Ausnahme?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. Mai 2024
(Drucksache [21/447](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 23. Juli 2024
(Drucksache [21/660](#))
12. Landesgesundheitsbericht Bremen 2024
Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz
vom 10. Juni 2024
(Drucksache [21/602](#))
13. Poolärzte im Bereitschaftsdienst von Sozialversicherungspflicht freistellen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Juni 2024
(Drucksache [21/606](#))
14. Gleichstellung aller Hilfeleistungsorganisationen mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem Katastrophenschutz
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. Juli 2024
(Neufassung der Drucksache [21/635](#) vom 19. Juni 2024)
(Drucksache [21/652](#))
15. Mehr Freiheit für Assistenzhunde und Besitzer – Aufhebung der Leinenpflicht für Assistenzhunde in Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. Juni 2024
(Drucksache [21/636](#))
16. Zugang zu öffentlich geförderten Wohnungen: Entsprechen die Einkommensgrenzen noch den heutigen Realitäten?
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 20. Juni 2024
(Drucksache [21/641](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 30. Juli 2024
(Drucksache [21/674](#))

17. Schluss mit Gendersprache im öffentlichen Dienst
Antrag der Fraktion der FDP
vom 22. Juli 2024
(Drucksache [21/659](#))
18. Mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen –
Vertrauensarbeitszeit erhalten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. August 2024
(Drucksache [21/682](#))
19. Stark mobilitätseingeschränkten Bremern und Bremerinnen mit dem
gelben Parkausweis mehr Teilhabe ermöglichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. August 2024
(Drucksache [21/683](#))
20. Bremer Grundschulen: zukunftsgerichtet und digital auch ohne private
Handynutzung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. August 2024
(Drucksache [21/684](#))
21. Mehr Deutschunterricht an Bremer Schulen für mehr Sprachfertigkeit!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. August 2024
(Drucksache [21/685](#))
22. Bremen braucht weder eine verschärfte Kappungsgrenze noch eine
Mietpreisbremse, Bremen braucht Wohnraum!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 14. August 2024
(Drucksache [21/702](#))
23. Betriebliche Kinderbetreuung – Chance für die Vereinbarkeit von
Familie und Beruf!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 21. August 2024
(Drucksache [21/714](#))
24. Versprochen – gebrochen: Ausbau der Videoaufklärung an Haltestellen
zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. August 2024
(Drucksache [21/716](#))

25. Entwicklung der CO₂-Emissionen im Land Bremen (Berichtsjahr 2022) – Bericht nach § 5 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes (BremKEG)
Mitteilung des Senats vom 27. August 2024
(Drucksache [21/723](#))
26. Verbesserungen für Gründer – Bürokratie abbauen, Unternehmertum stärken
Antrag der Fraktion der FDP
vom 2. September 2024
(Drucksache [21/731](#))
27. Kinderehen in Bremen – Weichen stellen für den Schutz der Opfer!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. September 2024
(Drucksache [21/734](#))
28. Energiecontrolling bei öffentlichen Gebäuden im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. August 2024
(Drucksache [21/710](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2024
(Drucksache [21/791](#))
29. Kurze Zündschnur: Wie stark ist medizinisches Personal in Bremen von Aggression und Gewalt betroffen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 2. September 2024
(Drucksache [21/730](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2024
(Drucksache [21/792](#))
30. Bremens Mittelstand im Blick: Wie kann der Senat die Unternehmensnachfolge unterstützen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. September 2024
(Drucksache [21/741](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2024
(Drucksache [21/793](#))

31. Seniorengerechtes Wohnen und Senioren-Wohngemeinschaften im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. September 2024
(Drucksache [21/759](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2024
(Drucksache [21/816](#))
32. Bremer Sportvereine stärken – Chancen einer Vereinsberatung nutzen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 22. Oktober 2024
(Drucksache [21/800](#))
33. Prostatakrebsfrüherkennung wirksam weiterentwickeln und Bremer Modellprojekt etablieren
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2024
(Drucksache [21/807](#))
34. Ärztemangel: Bremen muss Attraktivität und Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigern
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2024
(Drucksache [21/808](#))
35. Verbesserung der Sprachdiagnostik und -förderung in unseren Kitas vorantreiben!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2024
(Drucksache [21/809](#))
36. Weichen stellen für die Öffnung des Lehramtsreferendariats – Ausbildung auch in einem Fach ermöglichen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 24. Oktober 2024
(Drucksache [21/811](#))
37. Handwerk von Bürokratie entlasten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 25. Oktober 2024
(Drucksache [21/812](#))

38. Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für alle
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 25. Oktober 2024
(Drucksache [21/813](#))
39. Mehr Sicherheit für unseren ÖPNV
Antrag der Fraktion der FDP
vom 7. November 2024
(Drucksache [21/843](#))